
47/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 26.02.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde

betreffend Fortführung „Gesund aus der Krise“ – die psychische Versorgung für Kinder und Jugendliche muss weiterhin abgesichert bleiben!

BEGRÜNDUNG

Die psychische Gesundheitsversorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich ist nach wie vor unzureichend gewährleistet. Unabhängig von akuten Krisensituationen besteht eine strukturelle Unterversorgung, insbesondere im Bereich der kassenfinanzierten psychotherapeutischen Behandlungen. Der Zugang zu zeitnaher psychosozialer Unterstützung ist oftmals nur durch private Finanzierung möglich, während es im öffentlichen System zu monatelangen Wartezeiten kommt.

Diese Defizite haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. Der akute und langfristige Bedarf an psychosozialer Versorgung für junge Menschen hat sich erheblich verstärkt. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, wurde im April 2022 das Förderprogramm "Gesund aus der Krise" ins Leben gerufen. Über das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) wurden hierfür Mittel in Höhe von 12,2 Millionen Euro bereitgestellt, um klinisch-psychologische, gesundheitspsychologische und psychotherapeutische Beratungen und Behandlungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu ermöglichen. Die Umsetzung des Programms erfolgte durch den Berufsverband Österreichischer Psycholog:innen (BÖP) in Kooperation mit dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP).

Das Programm "Gesund aus der Krise" richtete sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 21 Jahren, die unter psychischen Belastungen litten. Ziel war es, diesen Personen raschen, kostenlosen und qualitätsgesicherten Zugang zu psychotherapeutischer und psychologischer Unterstützung zu ermöglichen. Hierfür wurde eine zentrale Servicestelle eingerichtet, über welche Betroffene nach einer Clearingphase einer geeigneten Fachkraft zugewiesen wurden. Dabei wurden individuelle Faktoren wie Wohnortnähe, bevorzugtes Geschlecht der Fachkraft und Sprachkenntnisse berücksichtigt. Im Rahmen des Programms konnten bis zu 15

Therapie- oder Beratungseinheiten in Anspruch genommen werden, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere 5 bzw. 15 Einheiten.

Der erste Durchführungszeitraum von "Gesund aus der Krise" lief vom 1. April 2022 bis zum 30. Juni 2023. Aufgrund des weiterhin hohen Bedarfs wurde das Nachfolgeprojekt "Gesund aus der Krise II" von April 2023 bis Juni 2024 mit einem Fördervolumen von 19 Millionen Euro ins Leben gerufen. Angesichts der anhaltenden Unterversorgung und der multiplen gesellschaftlichen Krisen wurde im Frühjahr 2024 das Programm "Gesund aus der Krise III" mit weiteren 19 Millionen Euro durch das BMSGPK fortgeführt.

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bleibt nach wie vor durch diverse gesellschaftliche Herausforderungen belastet. Neben den Folgen der Pandemie stellen Themen wie Klimawandel, militärische Konflikte, wirtschaftliche Unsicherheit sowie die Auswirkungen sozialer Medien erhebliche Stressfaktoren dar. Letztere wirken sich insbesondere negativ auf Schlafqualität, Konzentrationsfähigkeit und das Selbstbild aus. Zu den häufigsten psychischen Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter zählen Angststörungen, Depressionen und Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörungen (ADHS). Schätzungen zufolge wird etwa ein Drittel aller jungen Menschen im Laufe ihres Lebens von einer psychischen Erkrankung betroffen sein.

Während die durchschnittliche Lebenszufriedenheit von Erwachsenen weitgehend stabil geblieben ist, ist jene von Jugendlichen in den vergangenen Jahren signifikant gesunken. Zudem belegen aktuelle Daten einen signifikanten Anstieg des Konsums gesundheitsgefährdender Substanzen infolge psychischer Belastungen. Notfalleinsätze aufgrund von Drogen- und Medikamentenmissbrauch haben zwischen 2018 und 2023 stark zugenommen. Im Vergleichszeitraum kam es zu einer Verdoppelung der Einsätze bei Erwachsenen und zu einer Verdreifachung bei Personen unter 18 Jahren.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt, wird aufgefordert die Koordination der Verlängerung des Projektes "Gesund aus der Krise" über das bisher vorgesehene Laufzeitende hinaus sicher- und die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.